



An das
Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

sowie

an das Präsidium des
Nationalrates

Univ.-Prof. Dr.

Stefan Koch

Vorsitzender Steuerungsgruppe
Verbund Mitte

Vizerektor für Lehre und
Studierende, JKU Linz

Referentin:

Sandra Habacher

T+43 732 2468 3399

vizerektor-lehre@jku.at

Per E-Mail übermittelt:

legistik-wissenschaft@bmbwf.gv.at

eva.erlinquer-schacherbauer@bmbwf.gv.at

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Linz, 20. Mai 2021

Stellungnahme des Verbund Mitte zum Entwurf der Änderung des Universitätsgesetzes 2002

Geschäftszahl: 2021 -0.284.064

Sehr geehrte Damen und Herren,

namens und auftrags des Verbunds Mitte in der Pädagog*innenbildung
Lehramt Sekundarstufe (Allgemeinbildung) darf ich Ihnen nachstehend
die Stellungnahme zum Entwurf des Universitätsgesetzes übermitteln:

Die gemeinsame Ausbildung auf der Sekundarstufe Allgemeinbildung
war ein Vorstoß im Zuge der Pädagog*innenbildung NEU im Jahr 2013.
Sie verfolgte das Ziel, dass sowohl Universitäten als auch Pädagogische
Hochschulen ihre Stärken in die Lehramtsausbildung der Sekundarstufe
Allgemeinbildung einbringen und damit die Qualität dieser Ausbildung
steigern. Dies ist in der Sache gut gelungen und muss aus unserer Sicht
im Sinne der Homogenität der Ausbildung und zur Qualitätssicherung
auch für das Quereinstiegsstudium Anwendung finden.

Nach den Empfehlungen des Qualitätssicherungsrats für Pädagoginnen-
und Pädagogenbildung (QSR) zur Schaffung von Studienangeboten für
den Quereinstieg, Beschluss vom 08.04.2020, GZ QSR-010/2020, „sollte
die Konzeption und Durchführung von Studienangeboten für die
Sekundarstufe Allgemeinbildung ausschließlich in Kooperation von

Universitäten und Pädagogischen Hochschulen erfolgen. Der QSR erwartet, dass die Studienarchitektur unter Einbeziehung der relevanten Stakeholder erarbeitet wird und eine österreichweit koordinierte Einführung von Studienangeboten erfolgt.“

Der Verbund Mitte fordert daher dringend, das Quereinsteigerstudium weiterhin in Gesamtverantwortung der beteiligten Institutionen zu belassen und möchte dies auch entsprechend begründen:

Im Verbund Mitte wird eine gute und intensive Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen gepflegt. Die Institutionen tragen gemeinsam und einvernehmlich Verantwortung für das Studium im Bereich der Sekundarstufe Allgemeinbildung und möchten dies auch im Bereich des Quereinstiegstudiums fortführen.

Im Rahmen des traditionellen Lehramtsstudiums der Sekundarstufe Allgemeinbildung werden Ressourcen und organisatorische Möglichkeiten gemeinsam genutzt und bestmöglich verwendet. Die Konzentration eines Quereinstiegstudiums auf nur einen Institutionentypus, die Pädagogische Hochschule, würde nicht nur dem Grundkonzept der Pädagog*innenbildung NEU zuwiderlaufen, sondern auch dazu führen, dass die gemeinsame Ressourcennutzung von Personal und Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stünde und die Pädagogischen Hochschulen die nötigen Ressourcen selbst organisieren bzw. zukaufen müssten.

In diesem Sinne wird daher dringend ersucht, von der geplanten Neuregelung Abstand zu nehmen und das Quereinsteigerstudium weiterhin in Gesamtverantwortung der beteiligten Institutionen zu normieren.

Mit besten Grüßen,



Univ.-Prof. Mag. Dr. Stefan Koch

Vorsitzender Steuerungsgruppe Verbund Mitte
Vizerektor für Lehre und Studierende
Johannes Kepler Universität Linz